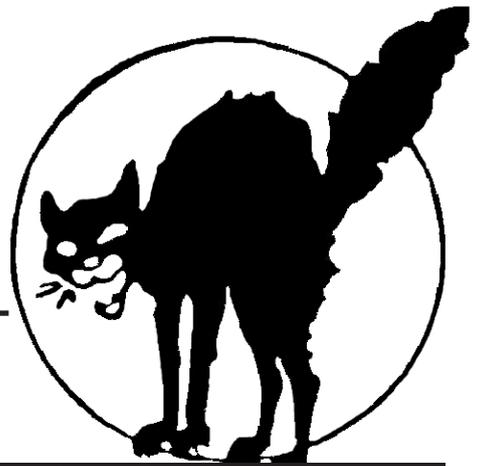


di schwarzi chatz



Zeitung der Freien Arbeiter_innen Union in der Schweiz

19% weniger Lohn? 19% weniger arbeiten!

Frauen verdienen immer noch fast einen Fünftel weniger als Männer für die gleiche Arbeit. Warum sollen sie dann gleich viel arbeiten?

Was das Hoffen auf parlamentarische Hilfe in dieser Hinsicht gebracht hat, ist überschaubar: Drei Absätze in der Verfassung (Artikel 8), welche die Diskriminierung von Frauen verbieten und immer noch ein Lohngefälle von fast 20 Prozent für gleichwertige Arbeit. Gleichwertig sind Arbeiten, wenn sie verschiedene Bedingungen erfüllen: Sie erfordern z.B. die gleiche körperliche Belastung oder den gleichen Ausbildungsgrad, wer sie ausführt, hat die gleiche Verantwortung oder das gleiche Dienstalter.

Selbst wenn die „erklärbaren“ Faktoren herausgerechnet werden, bleibt ein Lohngefälle von 7.6% das sich nicht anders erklären lässt, als mit dem Geschlecht.

„Erklärbare“ Unterschiede haben zwar auch oft mit der Rolle der Frau in unserer Gesellschaft zu tun, werden aber anders ausgewiesen, da sie nicht eindeutig oder nur indirekt auf das Geschlecht zurückzuführen sind. Darunter fallen etwa Lohnunterschiede zwischen Branchen. Es ist aber bekannt, dass in Berufen in denen viele

Frauen arbeiten, die Löhne tiefer sind, als in sogenannten Männerberufen. Wenn plötzlich viele Männer in einer bisher von Frauen dominierten Branche zu arbeiten beginnen, steigen auch plötzlich die Löhne und wenn umgekehrt der Frauenanteil in einer Branche steigt, sinken die Löhne.

Ein wichtiger Faktor bei den erklärbaren Unterschieden ist die sogenannte vertikale Segregation: Frauen arbeiten zwar in (fast) allen Berufen, aber selten in höheren Positionen. Wer Chef oder Chefin wird, hängt oft nicht nur von harten Fakten wie Ausbildung,

(weiter auf Seite 2)

Sie arbeitet heute etwas weniger...



... sie wird ja auch etwas weniger bezahlt

www.faubern.ch | info@faubern.ch

FAU
Die Basisgewerkschaft

Mai/Juni 2018

Nr. 52, 10. Jahrgang

ISSN 1664-6096

www.faubern.ch | zeitung@faubern.ch

In dieser Ausgabe

**Frankreich:
Was tut sich an der Protestfront?** 3

Bahnstreiks, besetzte Unis und die Räumung des ZAD: In Frankreich regt sich massiver Widerstand gegen das Regime Macron.

Klassenkampf unter dem Regenbogen 6

Um die Jahreswende kam es bei der FAU Berlin zu einem aussergewöhnlichen Arbeitskampf: Gegner_in war der Berliner Lesben- und Schwulenverband.

**Afrin besetzt,
Gummischrot in Bern** 7

Während im kurdisch/nordsyrischen Afrin die Bomben fallen, flog in Bern Gummischrot gegen eine Solidaritätsdemonstration.

**Landesstreik 1918: Teil 1
Der Weg in den Landesstreik** 9

Teil 1 soll aufzeigen, wie es zu einem der wichtigsten Ereignisse der modernen Schweizer Geschichte kam.

Rubriken

Rechtliches

12

Editorial

Trotz der Debatte um Frauenquoten, einer verstärkten feministischen Bewegung und Druck von der Bevölkerung hat sich kaum etwas getan in Sachen Lohngleichheit. Hielt mensch sich früher eher an Lippenbekenntnisse, reden plötzlich selbst Funktionär_innen von Unia und der Gewerkschaft des Verkehrspersonals SEV am 8. März von Lohnstreiks. Dies zeigt auch auf, dass es deren Basis langsam aber sicher reicht mit dem überaus schleppenden Tempo, in dem wir uns parlamentarisch Richtung Lohngleichheit bewegen. Um diesem Thema nochmals Nachdruck zu verleihen, haben wir uns entschieden, den bereits erschienen Artikel „19% weniger Lohn? 19% weniger arbeiten!“ nochmals abzudrucken.

Die Staatsbetriebe schaffen es ja selbst nicht, ihre sexistische Lohnpolitik abzuschaffen, warum sollten es dann die profitorientierten Unternehmen angehen, welche keine Sanktionen zu befürchten haben? Oder warum sollten es dann die Bürohengst_innen und Wirtschaftslobby-Versteher_innen im Bundeshaus schaffen (wollen)?

Wer nicht hören will muss fühlen. Oder besser: Wer nicht gleich zahlen will, der muss weniger Arbeit in Kauf nehmen. Wir fordern alle Betroffenen von Lohn-diskriminierung auf, in den unbefristeten Lohnlückenstreik zu treten: Arbeitet nur so viel wie ihr bezahlt werdet!

Kämpferisch geht es auch weiter in den anderen Artikeln dieser Ausgabe:

Während in Afrin die Türkei einmarschiert ist und die Gegend nun von islamistischen Milizen geplündert wird, reisst der französische Staat Gebäude der besetzten Zone à Défendre ZAD ab. Begleitet von Spezialkommandos und massig Schockgranaten. In Berlin flogen den kämpfenden Arbeiter_innen der FAU blaue Briefe in die Häuser, ausgerechnet von einem Verband, welcher sich für Emanzipation und Respekt stark macht.

Der Abschluss bildet ein Artikel über den Weg zum einschneidendsten Ereignis der modernen Geschichte der Schweiz: dem Landesstreik vor 100 Jahren

solidarisch
eure Fauistas

Lohnstreik

(von Seite 1)

Erfolge oder Dienstalter ab, sondern auch von weichen Faktoren, etwa wie man sich eine Person vorstellt, die in dieser Branche Chef_in ist. Wichtig ist dies in Bezug auf die Lohnunterschiede vor allem, weil die Löhne in Kaderpositionen im Vergleich zu den unteren Positionen extrem viel grösser sind.

Andere Faktoren sind etwa: Humankapital (also wie lange jemand bei einem Unternehmen ist, wie viel Berufserfahrung und Ausbildungen diese Person hat oder wie alt sie ist), ob sie selbstständig erwerbend ist oder wo sie arbeitet (in Zürich sind die Löhne höher als in ländlichen Gebieten).



Schon beim Frauenstreik 1991 Thema: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit.

Die ersten beiden Beispiele zeigen also, dass auch bei den erklärbaren Faktoren das Geschlecht sehr oft eine wichtige Rolle spielt. Es wird deswegen auch heftig debattiert, ob die Faktoren, die auf eine strukturelle Diskriminierung deuten, überhaupt als erklärbare Faktoren verwendet werden dürfen oder ob die erklärbaren Faktoren nur dort verwendet werden dürfen, wo es keine Unterschiede zwischen den Geschlechtern gibt. Bei dieser technischen Debatte geht aber oft vergessen, dass das reale Einkommen der Frauen schon schön gerechnet wird, da nicht berücksichtigt wird, dass Frauen, die Kinder gebären und erziehen, ihr Dienstalter (und oft auch die Chance auf eine Karriere) verlieren. Und noch fast wichtiger ist, dass Frauen durch unbezahlte Arbeit daran gehindert werden, eine bezahlte Stelle anzunehmen. Denn der Haushalt, die Kindererziehung, die

Betreuung von Kranken oder älteren Familienmitgliedern, aber oft auch gemeinnützige Freiwilligenarbeit, die wichtig für das Funktionieren einer Gesellschaft ist, wird zu einer grossen Mehrheit von Frauen erledigt. Die unbezahlte Arbeit ist auch heute in unserer Gesellschaft, die vom Kapitalismus komplett durchdrungen ist, noch immer umfangreicher als die Lohnarbeit – es gibt sogar die Hypothese, dass der Kapitalismus nur am Tropf unbezahlter Arbeit überhaupt überleben kann.

Dass Frauen weniger verdienen, ist nicht nur ein Luxusproblem. Es ist es vor allem dann nicht, wenn daran gedacht wird, was nach der Lohnarbeit kommt: Weniger Einkommen, weniger Rente! Frauen

haben oft eine erschreckend geringe Altersvorsorge, da es ihnen mit den niedrigen Löhnen und den Zusatzbelastungen nicht möglich ist, mehr anzusparen.

Analysiert und festgeschrieben wurde schon viel. Es ist an der Zeit, wieder zu handeln. Unser Vorschlag dieses Thema anzugehen, ist der Lohnlückenstreik: Es besteht kein Lohngefälle, wenn ihr die Arbeit nur solange macht, wie Lohn-gleichheit besteht. Legt die Arbeit nieder und geht nach Hause oder auf die Strasse, wenn eure unbezahlte Zeit beginnt. Für die unerklärbaren Faktoren sind das 7.6% weniger, alles zusammen sind es 19.5% weniger. Wie viel unbezahlte Arbeit ihr pro Woche im Schnitt leistet, könnt ihr aus der Tabelle rechts ablesen.

Schon 1991 beim Frauenstreik in der Schweiz hiess es: Wenn frau will, steht alles still. Doch damals wurde mit dem

eintägigen Streik bloss politischer Druck aufgebaut und der ist schnell wieder verpufft. 26 Jahre später sind wir kaum weiter. Darum Frauen: Auf zum Lohnlückenstreik! Arbeitet 7.6% weniger, arbeitet 19.5% weniger, bis allen wirklich bewusst ist, dass Frauenarbeit nicht weniger Wert ist, als Männerarbeit! Und darum Männer: Steht nicht daneben und mault, steht den Frauen zur Seite, macht keine Überstunden, wenn die Frauen weniger arbeiten, fordert auch ihr, dass die Frauenlöhne auf euer Niveau angehoben werden.

Aber fordert keine Lohngleichheit der Frauen mit den Männern, fordert die Erhöhung der Frauenlöhne auf das Niveau der Männer. Sonst kommen die Bosse auf dumme Ideen: In verschiedenen Fällen wurde den Männern der Lohn auf das Ni-

veau der Frauen heruntergekürzt! Mault auch nicht, dass höhere Frauenlöhne den Kapitalismus kaum besiegen werden. Kämpfen wir jetzt für dies und wenn wir dies erreicht haben, kämpfen wir weiter! Geht nicht, zählt nicht! Warum soll es nicht gehen? Wenn euer Betrieb es sich nicht leisten kann, euch anständig zu be-

zahlen, könnt ihr es euch auch nicht leisten anständig zu arbeiten!

Lasst euch nicht auf später vertrösten, fordert was euer ist und zwar jetzt!

SMF / AG

Tabelle: Streikzeiten

Wochenarbeitszeit	unbezahlte Zeit Pro Woche		unbezahlte Zeit pro Tag	
	(7,6%)	(19,5%)	(7,6%)	(19,5%)
41.5h	3h 9 min	8h 6min	38 min	1h 37min
42h	3h 11	8h 11min	38 min	1h 38min
43h	3h 15 min	8h 23min	39 min	1h 41min
44h	3h 21 min	8h 35min	40 min	1h 43min
45h	3h 25 min	8h 47min	41 min	1h 45min
50h	3h 48 min	9h 35min	46 min	1h 57min
55h	4h 11min	10h 44min	50 min	2h 9min
60h	3h 33min	11h 42min	55 min	2h 20min

Frankreich: Was tut sich an der Protestfront?

Die Regierung Macrons feiert die 68er-Bewegung – und schafft gleichzeitig Voraussetzungen für erneute massive Proteste: Bildungseinschränkung, Schienenabbau, gewalttätige Räumung der Zone à Défendre (ZAD) in Notre-Dame-des-Landes. Ein Bericht von der Protestfront.

„Gedenkfeier der Heuchler“ steht in dicken roten Lettern über ein Plakat geschrieben, das von anonymer Hand übermalt wurde. Es hing an diesem Wochenende am Eingang zum Hochschulgelände der Universität von Nanterre, einer Vorstadt nordwestlich von Paris. Internationale Berühmtheit erlangte diese, als von dort in den ersten Wochen des Jahres 1968 der Funke zu dem ausging, was – nach Überspringen der Flammen – zur französischen Mai-Revolution werden sollte.

Das Plakat ist Teil eines künstlerischen Projekts und ist aus Fotos „von damals“ zusammengesetzt. Es wurde mit Unterstützung der Hochschulleitung aufgehängt. Diese ist jetzt jedoch mit einem neuen, auf aktuelle Themen bezogenen Protest konfrontiert. Das Ansinnen, des Mai 1968 quasi-offiziell zu gedenken – auch Staatspräsident Emmanuel Macron regte im Herbst 2017 eine staatsoffizielle Ausrichtung von Veranstaltungen zum fünfzigsten Jahrestag an und – wird vor diesem Hintergrund mit wachsender Kritik konfrontiert.



Momentan bleibt noch offen, ob die vielen Kämpfe gegen Macron sich vereinen werden.

2018 ist jedoch sicherlich nicht 1968: Das damalige weltweite gesellschaftliche Klima unterschied sich in vielen Punkten, sehr erheblich vom jetzigen. Eher ist, von der Dynamik wie vom Inhalt der Konflikte her, ein Vergleich mit jüngeren Protestbewegungen möglich.

Im Herbst 1986 versuchte eine französische Regierung zum bisher letzten, inzwischen muss man sagen: vorletzten Mal, eine Zugangsbeschränkung zu den Universitäten einzuführen. Infolge massiver Proteste, die zeitlich mit einem Streik der französischen Eisenbahner_innen zusammenfielen, und nach dem Tod des jungen

Demonstranten Malik Oussekiene musste die Regierung unter dem damaligen Premierminister Jacques Chirac ihren Entwurf in heller Panik zurückziehen. Auch 1995 fanden massive Sozialproteste statt, bei denen sowohl Studierende als auch Eisenbahner und öffentlich Bedienstete zeitgleich aktiv wurden. Unter anderem wollte die damalige Regierung unter Chirac, inzwischen Staatspräsident geworden, 11.000 Kilometer Streckenkilometer Bahn als „unrentabel“ stilllegen.

Auch heute finden sich diese „Zutaten“

(Fortsetzung auf Seite 4)

Proteste Frankreich (von Seite 3)

im aktuellen Sozialprotest wieder. Lässt sich die damalige Dynamik, die seinerzeit Regierungen zum Einknicken zwang, heute wiederholen? Diese Frage ist derzeit gestellt. Ihre Antwort muss vorläufig offen bleiben.

Einschränkung der Hochschulbildung

Ein Gesetz unter dem Kürzel *ORE* (Abkürzung für „Orientierung und Erfolg der Studierenden“, *orientation et réussite des étudiants*), beschränkt ab dem kommenden Herbst den Hochschulzugang. Es wurde, nachdem es im Februar 18 durch beide Parlamentskammern verabschiedet worden war, am 08. März dieses Jahres durch Staatspräsident Emmanuel Macron unterzeichnet und dadurch prinzipiell rechtsgültig. Allerdings findet es derzeit noch keine Anwendung, da keine Auswahl beim Hochschulzugang im bereits laufenden Schuljahr (2017/18) mehr stattfindet. Ab dem Frühsommer, wenn die Auswahl-Vorverfahren und -Verfahren beginnen, wird der durch dieses Gesetz vorgesehene Auswahlmechanismus über die Internetplattform *Parcourssup* (abgekürzt für „Hochschullaufbahn“) dann für 2018/19 greifen. Zunächst führten ihn derzeit einige Fachschaften/Fakultäten auf freiwilliger Basis ein.

Über die Zuteilung von Studienplätzen sollen dabei Algorithmen entscheiden. Angeblich ganz objektiv, nach Eignungsvoraussetzungen, wobei Noten jedoch nicht mehr genügen werden. In eine Datenbank eingespeist werden sollen jedoch so erkennbare subjektive Elemente wie „die Bewertung (von Abiturient_innen) durch den Schuldirektor und den Klassenlehrer“. Kritiker_innen halten das Ganze eher für eine Art Lotterie. Man muss dazu sagen, dass im laufenden Studienjahr, vor dem Hintergrund einer zu knappen Zahl bereit gestellter Studienplätze, tatsächlich buchstäblich ein Losverfahren durchgeführt wurde. Die neue „Reform“ wird in der Öffentlichkeit just damit verkauft, dass dem unwürdigen Lohnverfahren nun durch eine vorgeblich objektive Kriterien gehorchende Prozedur ein Ende bereitet worden sei. Auf diesem Argument reitet die amtierende Hochschul-

ministerin *Frédérique Vidal* immer gerne herum, um ihr Projekt propagandistisch zu rechtfertigen. Unter der derzeit Abitur machenden Oberschüler_innen-Generation scheint dieses Argument sogar bisher relativ gut zu verfangen, eher als unter den hochschulpolitisch engagierten respektive rebellierenden Studierenden.

Abbau des Streckennetzes

Und nach vorliegenden Plänen, die Mitte Februar 2018 auf den Tisch gelegt wurden, sollen unter anderem 9.000 Streckenkilometer Bahn verschwinden.



Frankreich weist derzeit rund 35.000 Streckenkilometer Bahn auf, von denen 30.000 im Betrieb befindlich sind; es waren in der Geschichte schon einmal 42.500 Streckenkilometer, bei der Gründung der Bahngesellschaft SNCF im Jahr 1937. Das sind relativ wenige Streckenkilometer, das Netz der deutschen Eisenbahn weist, mit mehreren Betreiber_innen, insgesamt 62.948 Kilometer auf. In den sonstigen öffentlichen Diensten sollen 120.000 Stellen verschwinden, und die Lohnmasse wurde eingefroren. Am Samstag, den 14. April 18 sind ein halbes Dutzend streikende Bahnbeschäftigte vom Saint Lazare-Bahnhof auf das Universitätsgelände von Nanterre gekommen, um mit protestierenden Studierenden zu debattieren. Sie werben für Solidarität. Gleichzeitig zeigen sie sich eher skeptisch über die Streiktaktik ihrer eigenen Gewerkschaften. Die Mehrheit

unter ihnen wählte eine Strategie, die einen Arbeitskampfkalender vom 3. April bis Ende Juni dieses Jahres vorsieht: Dabei wechseln sich je zwei Streiktage mit je fünf Tagen Wiederaufnahme des Verkehrs hintereinander ab. In der Vergangenheit waren Bahnstreiks eher mit einem unbefristeten Aufruf zur Einstellung der Arbeit verbunden, und der Verkehr wurde wieder aufgenommen, wenn die Regierung nachgab – oder wenn eine Niederlage feststand.

Durch die diesjährige Taktik glauben die Mehrheitsgewerkschaften, Rücksicht auf die öffentliche Meinung zu nehmen – die

gegen den Streik zu kippen droht – und die Fahrgäste relativ zu schonen. Ob das nicht nach hinten losgeht? Der Kalender mit 36 bereits geplanten Streiktagen wirkt lang. In den Medien, öffentlichen wie privaten, bläst den Streikenden trotz allem der Wind ins Gesicht: Dort wird gebetsmühlenartig das Leid der Nutzer_innen beschworen. Das war zwar auch bei früheren Streiks der Fall, verfiel damals jedoch nicht. Doch die Gewerkschaften sind schwächer als etwa beim „historischen“ Bahnstreik 1995, die Entsolidarisierung wuchs auf gesamtgesellschaftlicher Ebene. Die Streikenden vom Saint Lazare-Bahnhof berichten ferner, früher hätten Vollversammlungen von Streikenden alle 24 Stunden über Fortführung oder Einstellung des Streiks entschieden. Nun, wo der Kalender durch die Gewerkschaftsführungen „von oben“ festgelegt worden sei, bleibe diese Dyna-

mik aber aus. Die aktive Beteiligung an der Basis sei deswegen geschrumpft, die Versammlungen seien geschrumpft.

Auf Skepsis stößt bei den Gästen von der Eisenbahn auch das Ansinnen mancher Studierender, die Bahnkollegen möchten doch helfen, die anstehenden Examen an den Universitäten zu blockieren: „Wenn ein Eisenbahner, der nicht an der Uni eingeschrieben ist, sich vor einen Studierenden stellt und ihm sagt, er dürfe nicht zur Prüfung – wie kommt das in der öffentlichen Meinung an? Nein, die Minderheiten können sich nicht gegenseitig auffaddieren, wenn sie es nicht schaffen, in ihrem eigenen Bereich genügend Kraft zu entfalten, um den Betrieb lahmzulegen.“ Eine solche Tendenz (man ist im eigenen Sektor zu schwach, holt sich aber Hilfe von außerhalb dazu) prägte Teile der Streikbewegung gegen das „Arbeitsgesetz“ vom Frühjahr 2016, und die Strategie mancher beteiligten Strömungen. Es ist auch Ausweis einer Periode, in welcher die Gewerkschaften gesamtgesellschaftlich geschwächt erscheinen...

An den Hochschulen weist die Protestdynamik starke örtliche Ungleichzeitigkeiten auf. Vorige Woche waren 15 von rund 100 Hochschulstandorten von Blockaden und Besetzungen betroffen. Anders, als am vorigen Freitag zunächst noch berichtet, ist der Hochschulsitz Tolbiac – eine sozialwissenschaftliche Fakultät der Sorbonne, die in den 13. Pariser Bezirk ausgelagert ist – jedoch nicht definitiv geräumt worden, sondern vielmehr ging dort ab Freitag die Besetzung weiter. Dem Verfasser lagen zwar mehrere Augenzeugenberichte vor, diese rissen jedoch im Laufe der Nacht vom Donnerstag zum Freitag ab. Real passiert ist vielmehr Folgendes: Kurzzeitig war am Donnerstag, den 12. April auch das Hauptgebäude der Sorbonne im Pariser Zentrum besetzt worden. Besetzer_innen aus Tolbiac, als Außenstelle der Sorbonne, hatten sich zum Teil ebenfalls dorthin begeben. Das Zusammenziehen stärkerer Polizeikräfte am Donnerstag Abend rund um Tolbiac sollte wohl Kräfte der Protestbewegung dort festhalten oder dazu bewegen, dorthin zurück zu strömen. Unmittelbares Ziel in der Nacht vom Donnerstag zum Freitag war jedoch eher die Räumung des Hauptgebäudes der Sorbonne. Die Leitung der Fakultät von Tolbiac hatte zwar schon zu Anfang voriger Woche die Entsendung

von Polizeieinheiten zur Räumung beantragt. Doch die Polizeipräfektur (= Pariser Polizeileitung) verweigerte ihr Zutun dabei. Aus ihrer Sicht ist der Standort Tolbiac für solche Räumungen denkbar ungeeignet: Die Fakultät von Tolbiac ist über drei Hochhäuser verteilt, 22 Stockwerke hoch, mit drei Untergeschossen und einem Gartenbewuchs drum herum. Die Polizei hatte sichtlich keine Motivation darauf, dort über Stunden und Tage mit Besetzer_innen sozusagen Katze und Maus zu spielen...

Einen Hoffnungsschimmer sehen die Protestteilnehmer_innen unterdessen darin, dass Aufrufe zu berufsgruppenüber-



Mit dabei im militärischen Arsenal der ZAD Räumung sind die GLI F4-Granaten: Diese explodieren und setzen dabei CS-Gas frei. Viele der Verletzten wurden von solchen direkt getroffen. Insgesamt soll die Polizei in 8 Tagen etwa 3000 davon gebraucht haben.

greifenden Protesttagen gestartet wurden, für den 19. April und den 5. Mai. Diese könnten es erlauben, wenn die Mobilisierung erfolgreich ausfällt, eine drohende gesamtgesellschaftliche Isolierung etwa der Transportbeschäftigten zu verhindern oder zu durchbrechen.

Notre-Dame-des-Landes

Hinzu kommen weitere Zutaten im Protestgemisch. Die am Montag, den 9. April begonnene Räumung der ökologisch motivierten Protestsiedlung auf dem ehemaligen Gelände des Flughafens von Notre-Dame-des-Landes (NDDL) bei Nantes – das Bauprojekt wurde im Januar aufgegeben – führt ebenfalls zu heftigen Konflikten.

Hier war am Freitag, den 13. April wohl

etwas vorschnell – seitens der Präfektur (Vertretung des Zentralstaats im Département Loire-Atlantique, also im Verwaltungsbezirk von Nantes) – der Vollzug und Abschluss der Räumung verkündet worden; Dies war jedoch offenkundig voreilig. Zwar waren 13 Gebäude, bewohnte, aber auch (alternative) Landwirtschaftsbetriebe, auf dem früher als Flughafen-Baugelände ausersehenen Areal zerstört worden. Das bedeutet nicht, dass die Besetzer_innen alle vertrieben worden wären. Auch am Freitag Nachmittag kam es dort weiterhin zu Auseinandersetzungen mit den Einsatzkräften.

Diese intensivierten sich im Laufe des Wo-

chenendes, an dem ferner Verstärkung von außerhalb für Protesttage dort eintraf. Am Sonntag Nachmittag befanden sich laut Angaben der Präfektur rund 4.000, laut der Protestbewegung zwischen 10.000 und 20.000 Menschen auf Seiten der Besetzer_innen auf dem Gelände. An schlechten Tagen kam es bis zu 60 Verletzten.

In diesem Zusammenhang kam es am 14. April im Stadtgebiet von Nantes und bei einer Demonstration in Montpellier ebenfalls zu mehr oder minder heftigen Auseinandersetzungen mit der Polizei.

Bernard Schmid

Der Artikel erschien zuerst auf Labournet.de und wurde für diese Ausgabe gekürzt und teilweise ergänzt.

Klassenkampf unter dem Regenbogen

Ende 2017/Anfang 2018 entbrannte in Berlin ein etwas spezieller Arbeitskampf, zumindest aus Schweizer Perspektive. Denn in Berlin versuchten die Beschäftigten des Bildungs- und Sozialwerks des Lesben- und Schwulenverbands Berlin-Brandenburg (BLSB) sich gegen massive Missstände an ihrem Arbeitsplatz zu wehren.

Wir berichten mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung doch noch über diesen Arbeitskampf. Auch um aufzuzeigen, dass wir uns auch bei „guten und notwendigen Projekten“ wehren können und sollen. Wenn wir, die arbeiten, zu Grunde gehen, werden die Projekte und NGOs auch nicht besser. Und der Fall der BLSB zeigt auch, dass die Arbeits- respektive Klassenfrage nicht einfach verschwindet, wenn wir sie ignorieren und uns ausschliesslich auf – durchaus auch wichtige – Themen wie Flüchtlinge, sexuelle Orientierung oder Gender konzentrieren.

Folgend der offene Brief der (ehemals) Beschäftigten des BLSB an den Vorstand des BLSB e.V. und den Lesben- und Schwulenverband Berlin-Brandenburg e.V. (LSVD)

Über das Betriebsklima und den Arbeitskampf beim LSVD

2017 war ein bewegtes Jahr für den Lesben- und Schwulenverband (LSVD) Berlin-Brandenburg. Die sogenannte Ehe für Alle, für die man zusammen mit anderen lange gekämpft hatte, wurde im Bundestag beschlossen. Zudem konnte das lang geplante Denkmal für die erste Homosexuellenbewegung endlich fertiggestellt werden. Trotzdem wird 2017 als jenes Jahr in die Geschichte des Berliner LSVD mit dem größten Imageschaden eingehen, in dem sich die überwältigende Mehrheit der Mitarbeiter_innen gegen Geschäftsführung und Vorstand wegen miserabler Arbeitsbedingungen und prekärer Beschäftigung auflehnten. Als Ergebnis dieses Konflikts wurden mehr als 2/3 der Belegschaft gegangen oder haben ihn selbstständig verlassen. Zeit für ein paar Abschiedsworte.

Wie kam es dazu?

Am Anfang stand die Sorge um die Qualität der Projekte. Schwierige Arbeitsbedingungen (keine Einarbeitung, fehlende Arbeitsstrukturen, dazu häufige Wochenendarbeit und Überstunden in jährlich befristeten Anstellungsverhältnissen) sorgten für massive Überlastungen der Mitarbeiter_innen. Ständige Personalwechsel und hohe Krankenstände gehörten zum Arbeitsalltag beim LSVD. Zudem deckten wir untereinander Vorfälle auf, an denen Geschäftsführung und Vorstand beteiligt waren, die ein vertrauens-

volles Arbeitsklima zusätzlich belasteten. Diese Probleme versuchten wir intern mit der Führung des LSVD zu klären. Allerdings gab (und gibt es bis heute) keine (gesetzlich vorgeschriebene) Beschwerdestelle beim LSVD Berlin-Brandenburg und kein Verfahren dazu, wie mit Missständen umgegangen wird. Stattdessen wurden, in einem intransparenten Vorgehen, Berichte eingeholt und am Ende in unangekündigten Personalgesprächen angeordnet, dass über die Probleme nicht mehr zu reden sei. Beschwerden sollten wir in Zukunft an den Geschäftsführer oder den Vorstand im Einzelgespräch richten. Doch wenn der Geschäftsführer Jörg Steinert Trauzeuge des einflussreichsten Vorstandsmitglieds Bodo Mende ist - wie ernstzunehmend ist die Unabhängigkeit einer solchen Beschwerdestelle?

Wir sahen keine Verbesserung der Zustände und begannen uns gewerkschaftlich zu organisieren. Von da an wurde alles versucht, uns zu vereinzeln: Supervisionen, Teamsitzungen, Teamfrühstück

und Betriebsausflug wurden gestrichen. Dazu kamen drohende E-Mails, die uns untersagten unsere gewerkschaftlichen Rechte wahrzunehmen. Unseren Organisationsgrad konnten sie damit jedoch nicht zerstören. Was litt, war die Projektarbeit. Diese wurde ohnehin schon durch den schlechten Ruf des Vorstands in der Community erschwert. So kam manche Kooperation nicht zustande, weil die Führung des LSVD als lesbenfeindlich (Stichwort Gedenken in Ravensbrück oder die lesbische Leerstelle unter den Vorstandsmitgliedern), erzkonservativ und anti-intellektuell gilt.

Konsequenzen

Der Feldzug des LSVD gegen die eigenen Mitarbeiter_innen und damit gegen jahrelange Erfahrung, Expertise und Netzwerkzugehörigkeiten endet in einem Trümmerfeld. Um unsere gute Arbeit für sinnvolle und wichtige Projekte zu sichern, forderten wir einen Tarifvertrag mit minimalen Standards, die in der restlichen Arbeitswelt selbstverständlich sind.



#KeinRespektpreis: Eine solidarische Plakataktion. Der Respektpreis wird eigentlich vom LSVD „für den herausragenden Einsatz für die Akzeptanz von homosexuellen und transgeschlechtlichen Menschen“ verliehen. Respekt für die eigenen Mitarbeitenden wird vergebens gesucht.

Als Antwort darauf, erfolgte ein breit angelegter Kahlschlag bei der Belegschaft, an dessen Ende manche Projekte (Regenbogenfamilienzentrum, Respect Gaymes, Community Games) gänzlich ohne Mitarbeiter_innen da standen. Der Preis, der damit für eine weitgehend neue

und damit gefügigere Belegschaft bezahlt wird, lässt ahnen, dass es der Führung des LSVD mehr um sich selbst, als um die Projektarbeit geht.

Die Bilanz

Der Konflikt ist als Klassenkonflikt zu begreifen, in dem die Arbeitgeber bewusst die Belegschaft in prekärer Beschäftigung ohne jegliche Chance zur Mitbestimmung halten, um so eine größtmögliche Machtposition zu behalten. Aber auch beim Umgang miteinander geht es um Klasse. Bei der Trennung von uns Mitarbeiter_innen fehlte diese völlig, als sie uns, erst kurz vor Weihnachten mitteilten, dass es keine Vertragsverlängerung im neuen Jahr gäbe. Nicht eine_r der 10 Mitarbeiter_innen, darunter langjährige Angestellte, die zum Jahresende den LSVD verließen, bekam ein Dankeschön oder irgendeine Form der



Anerkennung für die geleistete Arbeit. Wir wünschen der Klientel der BLSB-Sozialprojekte, dass unser ehemaliger Arbeitgeber in naher Zukunft zur Vernunft kommt und damit beginnt, selbstkritisch im eigenen Interesse die Rolle und Anliegen seiner Belegschaft zu verstehen. Kein Verband, der Emanzipation und Veränderung predigt, kann überleben

und gute Arbeit leisten, solange er nach innen Repression und Konservatismus praktiziert - solange er nach oben buckelt und nach unten tritt.

Mit kämpferischen Grüßen

Die FAU-Betriebsgruppe des BLSB

Afrin besetzt, Gummischrot in Bern

Während in Afrin die Bomben auf die Bevölkerung fallen, fliegt in Bern Gummischrot.

Stell dir vor, es ist Krieg und keiner tut was dagegen. So geschieht es gerade in Afrin¹. Als Ende Januar die türkische Armee und von der Türkei unterstützte Milizen der „Freien“ Syrischen Armee FSA angriffen, kamen ein Paar wenige Lippenbekenntnisse vonseiten der westlichen Staaten. Taten oder Sanktionen blieben aus. So konnte die Türkei und ihre alliierten Räuber_innenbanden ungestört das demokratische Projekt in Afrin angreifen und schlussendlich Mitte März einnehmen. Zuvor hatten sich die Verteidiger_innen um die Syrian democratic forces SDF inklusive Kurd_innenmilizen YPG/YPJ aus der Stadt zurückgezogen, um ein Massaker an der Zivilbevölkerung wie in Ost-Ghoutta zu verhindern. Auch die Einnahme ging ohne grossen Protest vonseiten der westlichen Staaten vonstatten.

¹ Für mehr Hintergründe zum Thema, siehe den Artikel *Türkische Invasion in Afrin* in der letzten *Schwarzi Chatz* #51 vom März/April.

Die westliche Rüstungsindustrie mischt mit

Dabei sind die NATO-Staaten nicht so unbeteiligt, wie sie es gerne vorgeben. Die Türkei ist Teil des NATO-Bündnisses und kriegt dadurch auch Unterstützung in Form von Ausbildung und Rüstungsmaterial. Und es ist auch seltsam, wenn ein Bündnis-Partner in ein demokratisches Gebiet ungestört einfällt und sich das Bündnis gegenüber Russland stets als Verteidigerin der Demokratie aufspielt. Auch die Schweiz mischt munter mit bei den Waffenexporten und belegt weltweit sogar Rang 14. Mittlerweile versucht die Rüstungslobby der Schweiz, die ohnehin lasche Regulierung von Kriegsmaterialexporten weiter auszuhöhlen: Neu sollen auch Exporte in Länder möglich sein, welche „interne bewaffnete Konflikte“ austragen, also auch Krieg gegen die eigene Bevölkerung führen. Bisher war dies noch verboten. Das Argument der Rüstungsindustrie ist ein altbekanntes Bürgerliches: Der Export sei so stark eingebrochen, so dass Arbeitsplätze gefährdet seien. Deswegen: Waffen an Despot_innen liefern um heimische Arbeitsplätze zu sichern?! In diesem Falle versuchen die Kapitalist_innen nicht einmal mehr,

die kranken und menschenverachtenden Züge des Kapitalismus‘ zu verbergen.

„Dem Krieg kein ruhiges Hinterland“

Weil also der Westen kaum betroffen von den Auswirkungen des Krieges ist, aber massiv daran verdient, rief ein revolutionäres Bündnis zu einer überregionalen Demonstration in Bern auf. Es sollte erneut darauf aufmerksam gemacht werden, dass in Afrin ein Massaker stattfindet, durchgeführt von einem NATO-Mitglied, unterstützt von Westlichen Waffen. So werden z.B. auch deutsche Panzer in Afrin eingesetzt.

Nachdem die Demonstration auf dem Bahnhofplatz besammelt war und grosse Transparente am Baldachin befestigte, lief die Demonstration durch die Hauptshopping-Meile der Stadt. Laut Unterstützung für Afrin skandierend und vereinzelt wurden auch politische Botschaften hinterlassen: Ein Brunnen wurde rot eingefärbt und Wände bemalt. War die Polizei anfangs noch zurückhaltend, wurden nun anscheinend erste Durchsagen gemacht. Doch ehrlich gesagt, verstand diese nie-

(Fortsetzung auf Seite 8)

Vor hundert Jahren stand die Schweiz still: Drei Tage lang legten über 200'000 Arbeiter_innen die Arbeit nieder, während um sie die Monarchien und Länder zerfielen. Auch heute noch gilt dieser Generalstreik als eines der wichtigsten innenpolitischen Ereignisse seit 1848. Im ersten Teil soll es um den Weg in den Landesstreik gehen. Im nächsten Teil wird es dann konkret um diese drei Tage und deren Wirkung gehen.

Die Streiks vor dem Krieg

Um den Weg zum Landesstreik zu verstehen, muss man auch die lebendige Tradition von Arbeitskämpfen dahinter verstehen. Dies mag überraschen, ist die Schweiz in der Moderne nicht gerade bekannt für ihre übermässige Streikkultur. 2015 waren es zwar 13'500 Menschen, welche streikten, in den Vorjahren im Schnitt jedoch nur gerade mal 1300. Seit Jahrzehnten weist die Schweiz im Vergleich mit den umliegenden Ländern eine sehr geringe Streikanzahl auf. Doch dies war nicht immer so.

Nach den ersten grossen Arbeitskämpfen in den 1860ern wuchs die Rate der Streiks stetig an. Der vorläufige Höhepunkt wurde, wie Europaweit ähnlich, 1905 bis 1907 erreicht: In diesen drei Jahren gab es insgesamt über 700 Streiks mit 79'000 Beteiligten¹. Angesporn von der gescheiterten Revolution 1905 in Russland, kam es auch in der Schweiz zu einem Überdenken der Strategien. Trotz der Niederschlagung hatten die Massenstreiks in Russland gezeigt, welche politische Macht die Arbeiter_innen durch kollektive Arbeitsniederlegungen hatten, und dass ohne sie nichts läuft in dieser Gesellschaft. Die syndikalistischen Teile der Linksradiكالen sahen sich in ihrer bisherigen Proklamation des Generalstreiks als revolutionäres Mittel bestärkt. Und Teile der gemässigten Linken sahen Streiks zunehmend als ergänzendes Mittel zu ihrem parlamentarisch-reformistischen Programm. So sprach

¹ Dies sind im Schnitt etwa 25'000 Streikende pro Jahr, was 10000 mehr sind als 2015. Dazu muss auch der Bevölkerungswachstum betrachtet werden: Seit 1900 hat sich die Bevölkerung der Schweiz von ca. 3,3 Millionen auf 8,4 Millionen mehr als verdoppelt. Es waren also anteilmässig viel mehr Menschen in Arbeitskämpfen beteiligt.

sich auch Robert Grimm, das spätere Flaggschiff der Sozialdemokratie, 1906 für Massenstreiks als begleitendes Mittel des sozialistischen Reformismus aus. Anders sahen dies die grossen Funktionär_innen der Gewerkschaften. Zu nah war für sie der Massenstreik an der Ideologie der Kommunist_innen und des Anarcho-Syndikalismus. Letzterer sieht Massenstreiks und Schlussendlich die Übernahme aller Fabriken, Felder und generell der Produktionsmittel durch die Arbeiter_innen als Weg zur Sozialen Revolution und Befreiung an.

International vernetzt

Dass die Schweiz 1905 bis 1907 der internationalen Streikwelle folgte, lag auch an ihrer internationalen Vernetzung. Viele politische Exilant_innen flohen schon seit Jahrzehnten in die Schweiz. So war zum Beispiel das Juragebiet in den 1870er und 80er Jahren ein Treffpunkt für internationalistische Anarchist_innen wie Bakunin und Guillaume, welche im Jura unter anderen die „Schwarze“ Internationale – als Abspaltung zur 1. sozialistischen Internationalen – 1882 gründeten. Generell war die Schweiz Hort vieler sozialistischer Vereinigungen. Der Kongress der Zweiten Internationalen fand 1912 in Basel statt. Im 1. Weltkrieg sah die Schweiz gleich vier namhafte sozialistische Kongresse: Jenen in Zimmerwald (September 1915), im Kiental (April 1916), den Frauenkongress gegen den Krieg im Mai 1915 und der internationale Kongress der sozialistischen Jugend im April gleichen Jahres. Während des ersten Weltkriegs waren viele namhafte Linksradiكالen in der Schweiz. Im Gegensatz zu anderen Ländern war die Schweiz durch ihre (Pseudo-)Neutralität ein relativ sicherer Hafen.

Gleiches zeichnete sich auch bei den Gewerkschaftsmitgliedern ab. Viele davon

waren Menschen ohne Schweizer Pass. Dadurch kam es immer wieder zu international koordinierten Streiks, Austausch von Taktiken und Nachrichten. Die Besitzenden ihrerseits versuchten immer wieder Streikbrecher_innen aus dem Ausland anzuwerben.

So kam von bürgerlicher Seite schon damals der Vorwurf, die Arbeiter_innenbewegung sei von fremden Mächten gesteuert, mitunter auch Vorwürfe mit antisemitischer Färbung.



Aufruf in den Strassen gegen die Teuerung. Schon damals war die Schützenmatte Besammlungsort.

Die Situation der Schweiz im 1. Weltkrieg

Am 2. August, wo sich bereits die beiden Bündnisse² in Kriegsbereitschaft gesetzt hatten, liess auch der Bundesrat mobilisieren und sich mit weitreichenden Kompetenzen ausstatten. Ab dem 2. August herrschte der Ausnahmezustand.

Zwar blieb die Schweiz vor direkten Angriffen verschont, doch das Land war stark

² Die Entente um Frankreich, Russland und England und die Mittelmächte um das deutsche Reich und Österreich-Ungarn.

(Fortsetzung auf Seite 10)

Landesstreik

(von Seite 9)

vom Handel abhängig und von diplomatischen Beziehungen zu beiden Seiten beeinflusst. So war die Rüstungsindustrie eine wichtige Einnahmequelle – es wurde wohlgeerntet für beide Seiten produziert, während sich gerade die deutschschweizer Elite eher auf Seite des Deutschen Reiches sah. Doch besonders der gesunkene Import lebensnotwendiger Mittel schlug sich in einer massiven Inflation nieder. Die Preise stiegen im Schnitt um das Doppelte: Der Preis für Lebensmittel stieg auf 187%, jener von Treibstoff und Heizmitteln gar auf 234%.

Extreme Armut

Auf der anderen Seite des Profits stand die Arbeiter_innenklasse. Diese hatte massiv mit der Inflation zu kämpfen. Die Löhne auf dem Vorkriegsniveau reichten schon kaum zum Leben, während des Kriegs wurden diese kaum an die Inflation angepasst. So sanken die Reallöhne um ein Viertel auf das Niveau der 1890er zurück. Hinzu kam die Einziehung vieler Soldaten. Der Sold galt im Schnitt nur gerade mal zwei Stunden Arbeit pro Tag ab, was gerade Familien in die Krise stürzte. Auffangen durften es mal wieder die Arbeiterinnen: Deren Arbeit wurde existenziell zum Überleben. So waren sie schlussendlich allein verantwortlich für Arbeit, Kinder, und Haushalt. Zudem war die Lohnungleichheit schon damals massiv; im Schnitt verdienten sie 40% weniger als ihre männlichen Genossen, mussten also noch mehr schuften als ohnehin schon. Und dazu kam eben noch die Inflation, welche das Überleben in den nächsten Wochen ungewiss machte. Auf der anderen Seite standen die Profiteur_innen der Inflation und des Krieges: Gerade die Bäuer_innen verdienten immer mehr durch die Inflation, dies betraf jedoch eher die Grossgrundbesitzer_innen. Klare Profiteure des Krieges waren jedoch die Rüstungsmagnaten.

Aufstieg der Gewerkschaften

Die bürgerliche Mehrheit des Parlaments um die Liberalen herum hatte schon mehrfach bewiesen, dass die Sorgen der Arbeiter_innen nicht ihre waren. Selbst jene, welche an den Parlamentarismus

glaubten, wurden vom Schweizer System enttäuscht. Das Proporzsystem wurde erst 1918 eingeführt, bis dahin herrschte das Majorzsystem, welches die Sitze eines Wahlkreises nach dem „Alles-oder-Nichts“-Prinzip vergibt. Davon profitierten vor allem die Liberalen, welche seit 1848 an der Macht waren, welche die Bürger(!)rechte³ hochhielten, jedoch nur für die Bourgeoisie. Die SP, welche sich als Vertreterin der Arbeiter_innen ansah, bekam durch das Majorz-System regelmässig nur die Hälfte der Sitze, welche ihr durch ihren Wähler(!)anteil zugestanden hätte.

Soblieb nureines: Sich selbst zu organisieren. Dies vorwiegend in Gewerkschaften und anderen Selbsthilfegruppierungen. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund wuchs zum Beispiel von 78'000 Mitgliedern vor dem Krieg auf 223'000 am Ende des Kriegs. Die SP-Mitglieder verdreifachten sich. Jedoch waren vorwiegend Männer gewerkschaftlich aktiv – bzw.

Durch die traditionellen Genderrollen waren oftmals sie zuständig für die Essens-Besorgung, welche durch die Inflation massiv erschwert war. Gerade in armen Familien war es Notwendigkeit, dass auch Frauen und Kinder arbeiten gingen. Durch den Einzug ihrer (Ehe-)Männer – wenn sie denn überhaupt welche hatten – waren sie alleine für die Geldbesorgung, Haushalt, Erziehung und Essen verantwortlich. So erstaunt es auch nicht, dass 1915 der Frauenkongress gegen den Krieg stattfand. Während des Kriegs kam es vereinzelt zu Hungerstreiks. Viel gewichtiger waren die Marktaufstände: So sollen sich verschiedene, vor allem sozialistische Frauenvereinigungen auf den Markt begeben haben und versuchten, die horrenden Preise der Verkäufer_innen zu drücken. Weigerten sich diese, wurden entweder die Körbe umgeworfen und das Essen von den Umstehenden gestohlen, oder aber was viel öfter vorkam: Die Frauen verdrängten die Verkäufer_innen



Volksküchen wurden zu einer Notwendigkeit der Arbeiter_innen. Diese wurden vor allem von gemeinnützigen Vereinen, den Kantonen und Städten selbst geführt.

konnten gewerkschaftlich aktiv werden – der Dachverband der Gewerkschaften, der *Schweizerische Gewerkschaftsbund SGB*, wies gerade mal einen Frauenanteil von 20% auf.

Marktaufstände

Dies mag erstaunen. Denn gerade die „Haus“Frauen trugen die meiste Last, welche sich durch den Krieg ergab.

³ Zur Erinnerung: Das Frauenwahlrecht kam erst in den 1970ern bzw. wurde erst 1990 in allen Kantonen umgesetzt.

und verkauften das Essen zu faireren Preisen, der Erlös wurde dann den Verkäufer_innen zurückgegeben. Solcher Widerstand häufte sich gen Ende des Krieges, da die staatliche Notversorgung der Armen bei weitem nicht ausreichte und die Not immer mehr zunahm.

Der Burgfrieden bröckelt

Wie auch die SPD in Deutschland, beschloss die SP Schweiz anfangs noch den Burgfrieden zu wahren. Soll heissen: Arbeitskämpfe auf ein Minimum zu be-

schränken und keine zu laute Kritik an der Regierung zu äussern. Im Gegensatz zu Deutschland musste die SPS jedoch nicht einen aktiv geführten Krieg mittragen. Es kam jedoch immer wieder zu Kriegskrediten im Parlament, welche das stehende Heer finanzierten. Als sich der „kurze“ Krieg – wofür ihn die Grossmächte hielten – langsam zu einem mehrjährigen Massaker ohne echte Gebietsgewinne entwickelte, bröckelte auch die ohnehin dürftige Unterstützung der Burgfrieden-Politik. Diese stand schon 1914 von Links aussen in Kritik und wurde aus internationalistischer Sicht als proletarischer Geschwistermord betrachtet. Waren es doch oft arme Menschen, vorzüglich Arbeiter_innen, welche an der Front als Kanonenfutter eingesetzt wurden. So stellten sich schon früh die kommunistischen und anarchistischen Kräfte gegen den Krieg. Die linken parlamentarischen Kräfte wurden dazu gedrängt, die Kriegskredite an die Armee abzulehnen. Mit zunehmender Dauer des Kriegs stieg nicht nur die Not der armen Bevölkerung, sondern auch deren Kampfeswille. War anfangs des Kriegs die Streikrate auf einem Tief (12 Streiks mit 1547 Beteiligten), nahm diese im Verlaufe des Kriegs wieder zu (1918: 24'000 in 269 Streiks, Landesstreik ausgeschlossen). Nebst Streiks und Marktaufständen, bediente sich die Bewegung verschiedener Mittel. Bummelstreiks, Hungerstreiks vor allem von Arbeiterinnen, Militärdienstverweigerung und Demonstrationen gegen den Krieg und Teuerung. Die erfolgreich geglaubte Revolution in Russland im November 1917 feuerte den Klassenkampf nochmals gehörig an. Mit der bedingungslosen Kapitulation Russlands entspannte sich auch die Lage für die Mittelmächte Deutschland und Österreich-Ungarn, jedoch war im April 1917 auch die USA in den Krieg eingetreten und die Mittelmächte befanden sich immer mehr in der Defensive.

„Wir haben eine Barrikade gebaut“

Ende 1917, nach drei Jahren Krieg, war der Wille Mittelmächte-Bevölkerung am bröckeln. Während sich die Regierungen an Lippenbekenntnisse machten, ihre Länder nach dem Krieg demokratisch zu reformieren, stieg der Unmut der Bevölkerung. Auch in der Schweiz machte sich

Unmut über die Verelendung der Arbeiter_innen breit. Repression war ein grosses Thema. Regelmässig wurden Streiks oder überregionale Demonstrationen mit dem Militär unterbunden. Die Rüstungsproduktion sowohl für die Entente wie auch die Mittelmächte war eine relativ gutbezahlte Arbeit, doch auch diese Aufträge nahmen gegen Ende des Krieges ab. Trotzdem kam es immer wieder zu Anti-Kriegsdemonstrationen. So auch am 16. November 1917 in Zürich. Die Polizei – damals unter Leitung des Sozialdemokraten Vogelsanger – drängte in die Demonstration und verhaftete Redner_innen und andere. Darauf zogen am nächsten Tag wütende Arbeiter_innen vor den Polizeiposten und verlangten deren Freilassung. Es kam zu Auseinandersetzungen und eine Person wurde erschossen. Darauf wurden Barrikaden errichtet und es kam zu Strassenschlachten. Zürich rief den Belagerungszustand aus. Das einrückende Militär eröffnete das Maschinengewehrfeuer. Bilanz der Nacht: Drei Arbeiter_innen, eine Zuschauerin und ein Polizist getötet, etliche werden verwundet. Fritz Brupbacher, Arbeiter_innenarzt und Zeitzeuge, schrieb dazu⁴: „Noch monatelang sprach das ganze Volk von der Barrikade und phantasierte, wie man ihrer mehr hätte bauen, wie man sich hätte verhalten sollen, um Polizei und Militär zu besiegen (...). Bis zum November 1917 war es eine kleine Minorität, die an Revolution dachte. Nachdem 17. November wurde der bewaffnete Widerstand (...) Gespräch weiter Schichten der Arbeiterschaft“. Dies war jedoch nicht in der ganzen Schweiz so.

Das Oltener Aktionskomitee (OAK)

Aufseiten der Sozialdemokratie formierte sich im Februar 1918 ein Zusammenschluss aus Gewerkschaften und Partei: Das Oltener Aktionskomitee war dazu

gedacht, Aktionen der SP Schweiz und der linken Gewerkschaften zu koordinieren. Die Idee des Generalstreiks geisterte schon lange durch die Köpfe, wurde mit der Not gegen Ende des Krieges immer aktueller. Schon im April und Juni wurde mit dem Landesstreik gedroht, wenn der Milchpreis steigen sollte. Verhandlungen begannen mit dem Bundesrat, blieben



Da sowohl Männer wie auch Pferde eingezogen wurden, müssen die Bäuer_innen selbst den Pflug ziehen. Generell blieb viel Arbeit an den Frauen hängen.

jedoch erfolglos. Der Milchpreis stieg, doch die Drohung mit dem Generalstreik entpuppte sich als Bluff. Am 9. August – Ein Tag nachdem die deutsche Westfront zusammenbrach – setzte die Regierung schlussendlich ein Anti-Landesstreikkomitee ein, welches im geheimen Vorbereitungen traf. In Deutschland wurde mittlerweile lauter über Revolution und gewaltsame Umstürze nachgedacht. Die Schweizer Regierung befürchtete, dass durch die internationale Vernetzung der Arbeiter_innen dies auch auf die Schweiz übergreifen könne.

Auf der einen Seite befinden sich also Militarist_innen, welche ein Aufbegehren der Arbeiter_innen mit allen Mitteln niederschlagen will, auf der Anderen verelendete Arbeiter_innen, welche von einer Alternative träumen. Und Mittendrin die SP, OAK und SGB, welche nicht genau wissen, wie sie der Lage Herr werden wollen. Und wie sie eine drohende Konfrontation jetzt noch aufhalten können.

FAT

⁴ Fritz Brupbacher: *Zürich während Krieg und Landesstreik*, 1928

Die FAU? Was ist das?

Die Freie Arbeiter_innen Union Bern ist eine Gewerkschaftsinitiative aus dem Raum Bern. Aufbauend auf anarcho-syndikalistischen Prinzipien versteht sie sich als basisdemokratische und kämpferische Alternative zu den sozialpartnerschaftlichen Gewerkschaften. Sie ist:

KÄMPFERISCH: Weil die Interessen der Arbeiter_innen denjenigen des Kapitalist_innen radikal entgegengesetzt sind. Weil die grossen sozialen Fortschritte nur durch soziale Kämpfe und Mobilisierungen errungen wurden.

SELBSTBESTIMMT: Weil Entscheidungen von den Direktbetroffenen getroffen werden sollen und nicht von Parteispitzen und Funktionär_innen. Weil Hierarchien im Gegensatz zu einer egalitären und selbstorganisierten Gesellschaft stehen.

SOLIDARISCH: Weil einzig Reflexion, gegenseitige Hilfe und die berufsübergreifende Aktionen den Gruppenegoismus überwinden können.

ANTI-KAPITALISTISCH: Weil wir diejenigen sind, welche alle Güter herstellen und alle Dienstleistungen erbringen, sollen sich diese nach dem Wohle der Gemeinschaft orientieren und nicht nach dem Profit einiger weniger. Wir denken deshalb, dass der Syndikalismus an einem politischen Projekt für eine gerechte, egalitäre und freie Gesellschaft arbeiten muss... Das heisst an einem revolutionären Projekt.

Schwarze Katze?

Die schwarze Katze als Symbol für selbstorganisierte Arbeitskämpfe wurde im frühen 20. Jahrhundert vom IWW-Mitglied Ralph Chaplin erschaffen. Die Katze, auch „Sab Cat“ genannt, wird heute von libertären Gewerkschaften auf der ganzen Welt als Symbol verwendet. Wir freuen uns über Kommentare, Rückmeldungen und Kontakte an:

info@faubern.ch oder
zeitung@faubern.ch



Löhne in der Gastronomie

Sämtliche Angaben basieren auf dem Landesgesamtarbeitsvertrag (L-GAV) 2017 (Version April 2018)

Mindestbruttolohn pro Monat

Achtung: Vollzeitstudierende sind vom Mindestlohn ausgeschlossen!

Alle Lohnangaben sind ohne Sozialabgaben.

Der monatliche Mindestlohn bezieht sich auf 42 Stunden pro Woche in Normalbetrieben und auf 43.5 Stunden pro Woche in Saisonbetrieben:

- 2190.- für Praktikant_innen
- 3435.- für Unausgebildete (Stufe Ia)
- 4141.- für ausgebildete Köch_innen EFZ (Stufe IIIa)

Davon kann dir wenn **vertraglich** geregelt in der **Einführungszeit** 8% abgezogen werden. In der Stufe I jedoch maximal 12 Monate, falls du nicht in einem anderen Betrieb bereits 4 Monate gearbeitet hast. Dann gilt der Rabatt nur 3 Monate. Bei einer Wiederanstellung im gleichen Betrieb – wenn die Frist dort schon mal ausgelaufen ist – kann nicht nochmal der Rabatt verlangt werden, wenn dein letzter Arbeitseinsatz dort nicht länger als 2 Jahre her ist. Dies ist zum Beispiel bei Saisonstellen der Fall.

In der Stufe IIIa beträgt die maximale Einführungszeit 3 Monate, aber nur direkt nach deiner Ausbildung.

Bei **Umsatzbeteiligung** darf der Mindestlohn nicht unterschritten werden. Dein Einkommen muss bei 100% also jeden Monat über dem Mindestlohn liegen, eine Kompensation mit „guten „ Monaten ist nicht erlaubt.

Alle Arbeitenden, welche die Probezeit bestanden haben, haben **Anspruch** auf einen anteilmässigen **13. Monatslohn**.

Mindestlohn pro Stunde

Stundenlöhne sind nur bei unregelmässiger Arbeit oder einer kurzen Beschäftigungszeit zulässig.

Im unten aufgeführten Gesamtlohn sind prozentuale Zuschläge für die Ferien- und Feiertagsentschädigungen sowie jene für den 13. Monatslohn enthalten.

- Praktikum Normalbetrieb:
12.03/Stunde Grundlohn
14.71/Stunde Gesamtlohn

- Praktikum Saisonbetrieb:
11.59/Stunde Grundlohn
14.18/Stunde Gesamtlohn

- Unausgebildet Normalbetrieb:
18.87/Stunde Grundlohn
23.09/Stunde Gesamtlohn
21.23/Stunde mit Einführungslohn

- Unausgebildet Saisonbetrieb:
18.17/Stunde Grundlohn
22.23/Stunde Gesamtlohn
20.45/Stunde mit Einführungslohn

- Mit EFZ im Normalbetrieb:
22.75/Stunde Grundlohn
27.83/Stunde Gesamtlohn
25.61/Stunde mit Einführungslohn

- Mit EFZ im Saisonbetrieb:
21.91/Stunde Grundlohn
26.80/Stunde Gesamtlohn
24.66/Stunde mit Einführungslohn

weitere Infos findest du auf:

<http://faubern.ch/index.php/gastronomie.html>



Impressum

di schwarzi chatz
Quartiergasse 17
Postfach 2368
3001 Bern

Auflage: 800
Konto: 30-276725-1

erscheint 6 mal jährlich (Änderungen vorbehalten)

Kontakt

di schwarzi chatz
zeitung@faubern.ch
FAU Bern - Syndikat aller Berufe
info@faubern.ch